

## Übungen zur Trennschärfe

Liebe Leser der **Aktion KEHRWOCHE** Informationen

Als ich das erste Mal, angeregt durch Herrn Andreas Clauß und seinen Vortrag im Mai 2009 in Stuttgart Stammheim begann, mich dem Thema Deutschland zu nähern, stand ich vor einem überwältigenden Haufen von Texten und Beiträgen der verschiedensten 'Glaubensrichtungen' zu diesem Thema.

Das hat mich zunächst abgeschreckt. Aber ich wollt einfach verstehen und begreifen, was sich da wirklich abspielte.

Ich begann zu verstehen, daß es eine ungeheure Begriffsverwirrung und Fehlverwendung von Begriffen gab und gibt und dies mit Absicht.

In den folgenden **ÜBUNGEN** bemühe ich mich, Ihnen aufzuzeigen, welches Verständnis ich mir erarbeitet habe.

Es handelt sich um meine persönliche Meinung und ich erhebe nicht den Anspruch, über die objektive Wahrheit zu verfügen.

Aber mir genügt vorerst das, was ich durch diese **Übungen** gefunden habe.

Alle als **ÜBUNG** titulierten Erwiderungen basieren auf Veröffentlichungen von Personen, die diese Veröffentlichungen in offene e-mail Verteiler gesandt haben. Auf diesem Wege sind sie zu mir gekommen. **Ich habe sie nie bestellt**, aber sie kamen immer rechtzeitig und haben mir sehr geholfen, zu verstehen, was ich zu verstehen suchte.

*Zeige mit einem Finger auf einen Tätigen  
und 3 zeigen auf Dich.*

*Und wenn Du  
zu den Feigen oder Untätigen gehörst,  
dann zeige nicht auf die Tätigen  
sondern auf Dich...*

# ÜBUNG I

**Diese Ausarbeitung ist die Entgegnung auf eine mail von Herrn E. Seine Ausführungen sind rechtsbündig aufgeführt und mit grauem Hintergrund abgegrenzt..**

**Meine Entgegnung ist linksbündig in blauer, grüner und roter Farbe zu lesen.**

Es wird in meinen Entgegnungen von der Annahme ausgegangen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die Verhandlungen mit den bisherigen Alliierten und Kriegsgegnern final abgeschlossen waren und die getroffenen Vereinbarungen als finale Grundlage für alle folgenden Vereinbarungen und Handlungen gelten.

Es wird nicht untersucht, ob und in welchem Kontext diese Vereinbarungen gültig sind oder nicht. Es wird nur betrachtet, wie diese Vereinbarungen **seit 19 Jahren umgesetzt** werden.

**Diese Betrachtung würdigt die Gegenwart und untersucht Möglichkeiten des Handelns. Sie ist zur Bewertung der Vergangenheit ungeeignet.**

**Juli 1990** - Auflösung der alliierten Verwaltungseinheit „BRD“ mit Löschung des Grundgesetzes (Streichung Artikel 23 des GG).

Das Grundgesetz wurde **NICHT** gelöscht. Die von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) durch **Parteien gewählte Bundesrepublik Deutschland** hat dieses **Grundgesetz** übernommen und in **Ihrem** Sinne geändert.

Rückzug der Bankbürgschaft für die DM,

Die von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) durch **Parteien gewählte Bundesrepublik Deutschland** hat in einem Abstimmungsprozeß mit den Euro Staaten die Verwendung des Euro als gemeinsame Währung beschlossen.

welches bis heute nicht erneuert oder als eigenständiges Währungssystem geschaffen wurde.

Der Euro ist keine gültige Währung

Alle Geldgeschäfte der Angehörigen und Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden in Euro getätigt. Gleichgültig welche 'eentlichen' Regeln gelten würden. Die absolute Mehrheit der Anwender dieser Währung stellen die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs derzeit nicht wirksam in Zweifel



**August 1990** - Schaffung der „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“ als Illusion eines „souveränen Staates“ im Handelsregister zu Frankfurt eingetragen

Diese Behauptung ist eine Lüge. Die **Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH** ist eine für die **Bundesrepublik Deutschland** tätige gewerbliche Einrichtung. Die **Bundesrepublik Deutschland** ist eine von den **Staatsangehörigen** Deutschlands ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) mittels Parteien gewählte Verwaltungseinheit und besitzt nirgendwo den Status einer GmbH..

und mit dem 31.07.2007 in Insolvenz = Löschung aller Gehaltskonten für Angestellte „BRD-Bedienstete“ der „BRD-Finanzagentur“ und deren staatenähnlichen Gewerbebetriebe aus dem „Vermögen“ der „Deutschland GmbH“ - besser: Das Vermögen des deutschen Volkes.

**September 1990 - heute:** Schaffung des Überleitungsvertrages durch die Alliierten mit Rückstellung auf den Stand von 1945 und somit Stillstand der Rechtspflege, also vor der Gründung der Verwaltungseinheit „BRD“ mit bis heute gültigem Kriegs- und Besatzungsrecht,

Der 2+4 Vertrag regelt final die politische Realität der Staatsbruchstücke <Bezeichnung unsicher> DDR und **Bundesrepublik Deutschland** (**gemeint sind die Länder die in Art 23 des GG in der Form bis 1990 angewendet**). Der von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch Parteien gewählten **Bundesrepublik Deutschland** wurde erlaubt, diese Verhandlungen für die **Staatsangehörigen** Deutschlands mit ehemaligen Kriegsgegnern in der Weise zu führen, wie dies geschehen ist.

weil nach wie vor der Artikel 146 des Grundgesetzes nicht erfüllt ist und zur „Wiedervereinigung“ immer noch die Ostgebiete fehlen, sowie der Friedensvertrag, den NUR und ausschließlich das völkerrechtlich existierende Deutsche Reich abschließen kann.

Artikel 146 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland kann und wird nicht erfüllt werden, da die Bundesrepublik Deutschland kein Staat ist, was aus der Tatsache abgeleitet wird, daß eine Staatsangehörigkeit Bundesrepublik Deutschland

**nicht erlangt werden kann.**

Somit ist die „BRD-GmbH“ eine Unmöglichkeit.

Diese Behauptung ist irreführend.

Das deutsche Volk lebt in einer Anarchie mit Kriegsrecht,

Dies ist unzutreffend. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch die Wahl von Parteien der **Bundesrepublik Deutschland** diese **Bundesrepublik Deutschland** beauftragt, für Sie alle politischen Aufgaben wahr zu nehmen.

in dem nach wie vor immer noch die alliierte Gesetzgebung gilt!



Diese Behauptung ist unzutreffend. Der 2+4 Vertrag regelt final das Ende dieses Besatzungsrechtes. Die gemeinten Besatzungsregeln gelten **für die Bundesrepublik Deutschland**, nicht aber für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**. Die Bundesrepublik Deutschland wendet allerdings die gegen Sie wirkenden Besatzungsregeln auf **die Staatsangehörigen des Staates Deutschland** an.

**Indem sie den Staatsangehörigen Deutschlands ihre wahren Rechte verschweigt und vorenthält begeht sie das anzuprangernde Verbrechen der Geiselnahme eines ganzen Volkes aus niederen Beweggründen.**

Das deutsche Volk besitzt kein Vermögen oder Eigentum. Nicht ohne Friedensvertrag und ohne Verfassung. Was sollen wir also von etwas erwarten („BRD“), was es gar nicht gibt?

Diese Behauptung ist weder wahr noch zutreffend. Der 2+4 Vertrag, gleichgültig nach welchen Spielregeln er final von allen Verhandlungsparteien ratifiziert und angewendet wird, stellt eine Friedensregelung dar.

Solange die **Staatsangehörigen Deutschlands** damit fortfahren ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte **ihre Staates** gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** zu ertragen.

□□ Urteil des „Bundesverfassungsgerichtes“, Jutta Limbach aus 1973.

□□ Artikel 116 des aufgehobenen Grundgesetzes.

□□ § 185 des Bundesbeamtengesetzes.

□□ Löschung des Artikel 23 des GG, und damit der Geltungsbereich des GG selbst, sowie die damit verbundene Aufhebung der alliierten Verwaltungseinheit „Bundesrepublik Deutschland“ im Juli 1990.

□□ Schaffung einer Firma „BRD-Finanzagentur GmbH“, anstatt das deutsche Volk zur Wahl/Ratifizierung einer Verfassung (Art. 146 des GG) aufzurufen, im August 1990.

□□ Überleitungsvertrag der Alliierten im September 1990, mit Rückstellung der Rechtsgrundlage auf 1945, weil bis heute noch keine Friedensverträge und anwendbare Verfassung existiert. Also Kriegs- und Besatzungsrecht und kein souveräner Recht(s)staat „BRD“ oder „Deutschland“.

□□ Urteil des Europäischen Gerichtshofes in 2006, daß die „BRD“ kein wirksamer Recht(s)-staat, sondern eine Illusion ist.

□□ Löschung der Strafprozessordnung, der Zivilprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes im April 2006. Wie kann und warum, löscht ein „souveräner“ Staat seine eigene „Handlungsfähigkeit“?

□□ Löschung des Ordnungswidrigkeitengesetzes im November 2007.

□□ Bericht in der Bundeswehrzeitung „Soldat im Volk“ über den Kriegszustand der „BRD“, des Oberstl. a.D. Max Klaar - VdS Bundesvorsitzender und Dr. Albrecht Jebens.

Die in obigem Aufzählungsblock erwähnten Handlungen sind das Recht der von den **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch Parteien gewählten Verwaltungseinheit **Bundesrepublik Deutschland**. Sie kann nach billigem Ermessen jederzeit sogar gegen ihr eigenes Recht verstoßen oder es nach Ihrem



Belieben auslegen oder ändern.

Wir **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** als **Nicht**angehörige dieser **Verwaltungseinheit** haben keinerlei Anspruch auf Beurteilung dieser Vorgänge, da wir **( in Unkenntnis unserer Rechte )** durch das Wählen **der Parteien dieser Bundesrepublik Deutschland** **bewußt** in Kauf nehmend **und in bewußter Wahrnehmung** der bisherigen Handlungen dieser **Bundesrepublik Deutschland** weder als BÜRGEN NOCH ALS WÄHLER NOCH ALS **Staatsangehörige des Staates Deutschland** wirksam Einspruch erheben oder diese Handlungen politisch unterbinden.

Diese Untätigkeit ist unser Anteil an diesem Unrecht.  
Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** unterlassen es aktiv, **( in Unkenntnis ihrer Rechte )** sich zu organisieren und Ihre Rechte zu aktivieren.

Niemand hier in „Deutschland“ hat eine andere Aufgabe als die Schaffung der Friedensverträge und den **Demokratie, Diktatur, Anarchie:**

**Eindeutiger Einspruch. Wir haben unseren Familien und allen Mitmenschen Loyalität in der Einhaltung von gemeinsam vereinbarten Normen und Spielregeln zugesagt.**

**Darüber hinaus ist es unser Recht, eine aktive oder passive Haltung zur Frage Deutschlands anzunehmen.**

Die alte Begrenzung war die „BRD“ bis zum 17. Juli 1990. Die neue „Begrenzung“ ist der Rechtsnachfolger das Deutsche Reich. Aber der wirkliche Umstand ist weder Diktatur noch Demokratie, sondern die Anarchie ohne Staatsgefüge.

□□ Eine „BRD“ besitzt keinen Staat, kein Staatsgebiet, kein Staatsvolk. Noch nie und wird es auch nicht.

Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese **( in Unkenntnis ihrer Rechte )** die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.

□□ Eine „BRD“ konnte sich nicht „wiedervereinigen“, weil dazu immer noch die Ostgebiete fehlen und dieser „Termin“ nach der Löschung des Grundgesetzes stattfand. Was soll sich vereinigt haben? Zwei Leichen, „BRD“ und „DDR“, die es schon gar nicht mehr gab? Die „DDR“ wurde der russischen Föderation abgekauft. Für 360 Milliarden DM, die bis heute noch nicht bezahlt sind. Gezahlt hat immer der deutsche Bürger mit seinem Solidaritätsbeitrag. Und an wen?

Die Bundesrepublik Deutschland war durch Wahl der Parteien der Bundesrepublik Deutschland durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen der Bundesrepublik Deutschland betrafen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) in keiner Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen.

□□ Eine „BRD“ hat kein Geld, keine Währung, keine Banknote, weil die Bankbürgschaft bereits 1990 zurückgezogen und nicht erneuert wurde. Der Euro ist keine Währung. Alle X gekennzeichneten Euroscheine (in Deutschland hergestellt) müssen von ausländischen Banken bei der „Bundesbank“ gegen Gold rückgetauscht werden (automatische Inflation!).

Alle Geldgeschäfte der Angehörigen und Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden in Euro getätigt. Gleichgültig welche ´eentlichen´ Regeln gelten würden. Die absolute globale Mehrheit der Anwender dieser Währung stellen die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs nicht wirksam in Zweifel

□□ Eine „BRD“ besitzt seit dem 18. Juli 1990 weder Recht noch Gesetz. Sondern nur das Kriegs- und Besatzungsrecht seit 1945, festgelegt im Überleitungsvertrag vom September 1990. Eine „BRD“ besitzt bis heute keine Verfassung, wie sie in Artikel 146 des GG festgeschrieben ist. Die Alliierten können auch heute noch, zu jeder Zeit, die Bundestagswahlen annullieren.

Diese Behauptung ist weder wahr noch zutreffend. Der 2+4 Vertrag, gleichgültig nach welchen Spielregeln er final von allen Verhandlungsparteien ratifiziert und angewendet wird, stellt eine Friedensregelung dar. Solange die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** damit fortfahren, ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien der Bundesrepublik Deutschland diese damit zu beauftragen, weiterhin die politischen Geschäfte ihres Staates gegen ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die Bundesrepublik Deutschland durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

□□ Eine „BRD“ besitzt kein Steuerrecht. Dies ist im Grundgesetz

....(Eingefügt) der Bundesrepublik Deutschland nach dem Willen der Bundesrepublik Deutschland und durch Wahlen der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** eindeutig legitimiert.



auch gar nicht vorgesehen. Kfz. Steuern lassen sich ebenfalls nicht erheben, weil die „BRD“ u.a. noch niemals Straßen besessen hat. Die deutschen Straßen sind, bis heute, nach wie vor beschlagnahmtes Sondereigentum des deutschen Reiches durch die Alliierten.

- Eigentum, Auto, Haus, Immobilie, Grundstück, Ersparnisse, gehören nicht dem deutschen Volk, sondern nach der gültigen Berliner Kennzeichenverordnung (BKO 47/50) den Alliierten.

Das deutsche Volk ist bis zum heutigen Tage vollständig mittellos und absolut arm und damit völlig schuldenfrei.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Wahl der Parteien der Bundesrepublik Deutschland durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen **der Bundesrepublik Deutschland** betreffen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** haben in keiner Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen. Damit haben die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** für alle Handlungen einzustehen, die die von Ihnen beauftragte **Bundesrepublik Deutschland** in ihrem Auftrag ausgeführt hat.

- Schulden, Kauf, Kredite, Leasing, Versteigerung, muß das deutsche Volk an niemanden zurückzahlen. Es besitzt weder Währung, noch ein gültiges Recht(s)system.

Die Bundesrepublik Deutschland ist durch Wahl der Parteien der Bundesrepublik Deutschland durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen **der Bundesrepublik Deutschland** betreffen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben **( in Unkenntnis ihrer Rechte )** in keiner Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen. Damit haben die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** für alle Handlungen einzustehen, die die von Ihnen beauftragte **Bundesrepublik Deutschland** in ihrem Auftrag ausgeführt hat.

- Eine Altersversorgung oder ähnliches, kann das deutsche Volk nicht ansparen. Es besitzt nichts womit das möglich wäre.

Das deutsche Volk ist nicht der Erbringer der Sparleistungen sondern der einzelne Einzahler unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit.

- Richter, Staatsanwälte, Polizisten etc. sind reine Privatpersonen ohne staatliche Funktion oder Legitimation. Ein Staat den es nicht gibt, der kein Recht(s)system hat, kann auch keine Beamten oder Amtstitel haben.

- Eine Sozialversicherung gibt es nicht, weil es keinen Sozialstaat gibt.

- Kein deutsches Paar kann heiraten, weil die „BRD“ keine Standesämter haben kann (Scheidungen sind deshalb ebenfalls nicht möglich).

- Erben ist genauso unmöglich. Was soll man vererben, wenn man gar nichts besitzen kann?

- Die „BRD“ kann auch keine Ausweise oder Führerscheine herausgeben. Das kann nur ein Staat.



Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte zur Staatsführung für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.

Aber die „BRD“ hat dem deutschen Volk unbewußt in 18 Jahren etwas Positives hinterlassen. Den einzigen Pluspunkt und sie konnte gar nicht anders, ohne zu wissen was es ist.

Es hat das deutsche Volk zum mächtigsten und reichsten Volk der Erde auf dem Weg ins Wassermannzeitalter gemacht, eben weil es nichts besitzt.

Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** ( **in Unkenntnis seiner Rechte** ) haben durch eigene Wahl ihre Rechte der **Verwaltungseinheit Bundesrepublik Deutschland** übertragen, die jegliche Mittel der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** für ihre **Zwecke** verwendet.

Die Verschuldung der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** kann in den nächsten 2 Generationen nicht mehr ausgeglichen werden. Diese Situation ist auf keine Weise zu rechtfertigen.

Merke: „Armut“ ist der eigentliche, geistige und bewußte Reichtum. Damit hat sie auch bewiesen, das eine Anarchie ja funktioniert. Alles was das deutsche Volk nur noch lernen, wissen, bewußt anwenden muß, ist das eine Gruppe von selbsternannten Obergurus damit nicht machen können was es will. Auf diesem Weg werden wir alle auch verstehen, das eine Anarchie nicht unbedingt etwas schlechtes sein muß. Es kommt nur auf die Anwendung und das Bewußtsein der Menschen an.

Folgen wir unserem Herzen, unserem Gefühl und der Liebe auf dem Weg des Wissens. Eine „BRD“ verschwindet in der Ferne und wird für uns immer unbedeutender.

Jede Münze hat **D R E I ! ! ! !** Seiten.

<b>Fragesteller</b>	Frage	Antwort
<b>Wünschender</b>	Wunsch	Erfüllung
<b>Problemsteller</b>	Problem	Lösung

Jegliches lebt allein durch sein Gegenteil **und** den **Nutznießler**.

Ein Opfer kann nur ein Opfer sein, wenn es einen Täter gibt. Ein Täter kann nur ein Täter sein, wenn es ihm das Opfer erlaubt.

Untätigkeit, oder das Verweilen in Bewußtseinszuständen, die Untätigkeit als Maxime ausweisen sind hervorragend für die Schaffung von Opfersituationen geeignet.

Diese Frage bekomme ich immer wieder gestellt, von unseren Mitbürgern

**die einfach nicht begreifen wollen,**

dass die „ Bundesrepublik Deutschland“ kein souveräner Recht(s)staat ist, sondern eine illegale Firmenstruktur ohne gültige staatlich hoheitliche Legitimation.

**Unsere Mitbürger werden durch **unklare und unscharfe Begriffsbestimmungen sowie unklare oder unzutreffende Situationsbeschreibungen wie in diesem Schreiben exemplarisch aufgezeigt durch die eigenen Leute** daran gehindert, zu begreifen...**

Wie hat man sich das vorzustellen, wenn es keine gültige anwendbare Rechtsgrundlage in einer völkerrechtswidrigen Firma gibt, geben kann?

Als erstes taucht hier die Frage auf:

**“Kann jetzt jeder machen was er will?”**

Rein rechtlich gesehen, in der jetzigen Situation, muss man dies sicherlich bejahen.

Aber das will natürlich niemand und die ethischen, moralischen und humanitären Grundsätze und Verhaltensweisen setzen hier sicherlich automatische Grenzen. Aber es ist natürlich nicht ausreichend, weil der Willkür

des **selbsternannten** „Rechtspersonal – BRD Bedienstete“ Tor und Tür geöffnet sind und sich das Volk nicht wehren kann, weil es nicht weiß wo man Recht erhält und geschützt ist.

Das Rechtspersonal wurde nach den Regeln **der Bundesrepublik Deutschland** in seine Position gebracht. Diese **Bundesrepublik Deutschland** wurde von den **Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** durch Wahl **der Parteien der**

**Bundesrepublik Deutschland** autorisiert, Rechtspersonal nach den Grundsätzen **seiner Rechtsordnung** einzusetzen.

Um die Frage eines gültigen und anwendbaren Rechtssystems zu klären und wie man dieses wieder schaffen muss, möchte ich an Hand von zwei Beispielen die Position der „BRD“ verdeutlichen:

Am 17.07.1990 hat James Baker, der ehemalige Außenminister der USA, den Geltungsbereich des **NIEMALS** ratifizierten Grundgesetzes, **Artikel 23**, ersatzlos gestrichen und damit das Grundgesetz aufgehoben und außer Kraft gesetzt. Gesetze ohne Geltungsbereich sind nichtig, da man wissen muss wo ein Gesetz gelten soll. In Normalfall beziehen Gesetze ihren Geltungsbereich aus einer vom Volk gewählten gültigen Verfassung. Wissen muss man auch, dass das Grundgesetz ein Militärgesetz gewesen ist, welches dem deutschem Volk aufgezwungen wurde und **NICHT** zu einer Verfassung – die vom Volk gewählt werden muss – umgewandelt werden kann! Das Außerkraftsetzen des Grundgesetz hatte die völlige Rechtlosstellung des deutschen Volkes zur Folge, welches vor diesem Datum zumindest in der alliierten Verwaltungsorganisation „BRD“ unter dem Geltungsbereich der alliierten Kontrollratsgesetze „einigermaßen“ Sicherheit und Recht für das deutsche Volk widerspiegelte. Mit Löschung des Artikel 23 wurde dieser „Sicherheitsbereich“ außer Kraft gesetzt, was zur Folge hatte, das der **Artikel 146 des Grundgesetzes < eingefügt> der Bundesrepublik Deutschland** unverzüglich hätte in die Tat umgesetzt werden müssen: Wahl einer Verfassung, bzw. Inkrafttreten der gültigen Weimarer Verfassung



von 1919! Das heißt, dass **das deutsche Volk** hätte dazu aufgerufen werden müssen.  
**Und genau das geschah NICHT!**

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( in **Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

**Demokratie heißt Volksherrschaft.** Das Volk als Bestimmer sämtlicher Legitimationen in einer staatlichen Grundstruktur, eines Staates. Mit dem Datum 17.07.1990 wurde das deutsche Volk **absichtlich** rechtlos gestellt, weil es überhaupt nicht vorgesehen war es zu Selbstbestimmung/ Selbstverwaltung zuzulassen, obwohl die Haager Landkriegsordnung nie den Geltungsbereich verloren hat. Die „BRD“ war gelöscht, die Russen wieder mal betrogen. Das Kräfte/Wirtschaftsverhältnis zwischen Ost und West fiel weg, welches den selbsternannten „Nachfolgern“ im Westen den Betrug am deutschen Volk noch leichter machte. Eine „Wiedervereinigung“ hat es **NIE** gegeben. Dieser Vertrag war von Anfang an nicht nur unmöglich, sondern auch ungültig.

Für das was wir heute, nach 18 Jahren erleben, hat das deutsche Volk niemals seine Legitimation erteilt! Von Demokratie kann nicht die Rede sein!

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( in **Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

Wenn wir von einem gültigen Recht(s)staat sprechen wollen, dann müssen dazu die rechtlichen Legitimationen unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechtes eingehalten werden.

Dieses Völkerrecht steht **ÜBER** der staatlichen Legitimation mit einem gültigen Recht(s)system im Zivil- und Strafrecht.

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland ( in Unkenntnis ihrer Rechte )** weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( in **Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten

Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** zu ertragen.

Ein Mörder-, ein Kinderschänder-, ein Betrüger- oder Dieb kann nur seiner Strafe zugeführt werden, wenn es die staatliche Legitimation dazu gibt das dieses durchgeführt werden darf.  
Eine fehlende Legitimation, sowie bei dem Arzt oder dem Piloten ist aber ein Straftatbestand.

Das ist ein Wunsch. Aber kein Gesetz.  
Erst wenn ein Volk sich entschließt,  
durch eine beauftragte Gruppe aus seiner Mitte damit zu beauftragen  
Gesetze zu verfassen  
und dieses Volk sich entschließt  
diese Gesetze und diese Vorgehensweise zu befolgen  
wird ein gültiges Gesetz für dieses Volk daraus.

Die „Bundesrepublik Deutschland“ ist eine Firmenstruktur, die **nach nicht gültigem Privatrecht** handelt, in der „Richter“, „Polizisten“, „Staatsanwälte“, „Regierung“ oder „Verwaltungen“ Privatpersonen sind, die **KEINE** staatlich hoheitliche Legitimation besitzen und daher das Zivil- und Strafrecht **NICHT** anwenden dürfen, weil sie dazu weder die „Approbation“, noch die „Lizenz“ besitzen. Auch mit ihren Verkleidungen, einem grünen Anzug oder einem schwarzen Kittel, erhalten sie **KEINE** Zulassung, sondern sind nichts weiter als willkürliche Straftäter, schlimmer als Mörder, wenn sie es doch tun. Hier nicht nur als Volks-, Hoch- und Landesverräter auf Grund ihrer fehlenden Legitimation, sondern – wenn man eine Hierarchie von Straftaten auflisten darf – schlimmer als die Steigerung von Mord, nämlich auf Dauer **VOLKSVERNICHUNG**. Diese genannte „Rechtsgruppe“ ist **NICHT** befugt das Volk zu schützen und kann sich auch keine Befugnis – in seiner vorhandenen, selbsternannten Position durch das Volk sichern.

Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte zur Staatsführung für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.



# Und nun die ganze **Übung**

ohne den Text, auf den sie erwidert.

Damit wird dem Leser mit Sicherheit Einiges ganz leicht klar und verständlich, meine ich.

Es wird in meinen Entgegnungen von der Annahme ausgegangen, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt die Verhandlungen mit den bisherigen Alliierten und Kriegsgegnern final abgeschlossen waren und die getroffenen Vereinbarungen als finale Grundlage für alle folgenden Vereinbarungen und Handlungen gelten.

Es wird nicht untersucht, ob und in welchem Kontext diese Vereinbarungen gültig sind oder nicht. Es wird nur betrachtet, wie diese Vereinbarungen **seit 19 Jahren umgesetzt** werden.

Diese Betrachtung würdigt **die Gegenwart** und untersucht **Möglichkeiten des Handelns**. Sie ist zur Bewertung der Vergangenheit ungeeignet.

Das **Grundgesetz** wurde **NICHT** gelöscht. Die von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) durch **Parteien gewählte Bundesrepublik Deutschland** hat dieses **Grundgesetz** übernommen und in **Ihrem** Sinne geändert.

Die von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) durch **Parteien gewählte Bundesrepublik Deutschland** hat in einem Abstimmungsprozeß mit den Euro Staaten die Verwendung des Euro als gemeinsame Währung beschlossen.

Alle Geldgeschäfte der Angehörigen und Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden in Euro getätigt. Gleichgültig welche 'eentlichen' Regeln gelten würden. Die absolute Mehrheit der Anwender dieser Währung stellen die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs derzeit nicht wirksam in Zweifel

Die **Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH** ist eine für die **Bundesrepublik Deutschland** tätige gewerbliche Einrichtung.



Die **Bundesrepublik Deutschland** ist eine von den **Staatsangehörigen** Deutschlands ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) mittels Parteien gewählte Verwaltungseinheit und besitzt nirgendwo den Status einer GmbH

Der 2+4 Vertrag regelt final die politische Realität der Staatsbruchstücke <Bezeichnung unsicher> DDR und **Bundesrepublik Deutschland** (**gemeint sind die Länder die in Art 23 des GG in der Form bis 1990 angewendet**). Der von den **Staatsangehörigen** des Staates Deutschland ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch Parteien gewählten **Bundesrepublik Deutschland** wurde erlaubt, diese Verhandlungen für die **Staatsangehörigen** Deutschlands mit ehemaligen Kriegsgegnern in der Weise zu führen, wie dies geschehen ist.

Artikel 146 **des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland** kann und wird nicht erfüllt werden, da **die Bundesrepublik Deutschland kein Staat** ist, was aus der Tatsache abgeleitet wird, daß **eine Staatsangehörigkeit Bundesrepublik Deutschland nicht erlangt werden kann**.

Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch die Wahl von Parteien der **Bundesrepublik Deutschland** diese **Bundesrepublik Deutschland** beauftragt, für Sie alle politischen Aufgaben wahr zu nehmen.

Der 2+4 Vertrag regelt final das Ende dieses Besatzungsrechtes. Die gemeinten Besatzungsregeln gelten **für die Bundesrepublik Deutschland**, nicht aber für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**. **Die Bundesrepublik Deutschland wendet allerdings die gegen Sie wirkenden Besatzungsregeln auf die Staatsangehörigen des Staates Deutschland an.**

**Indem sie den Staatsangehörigen Deutschlands ihre wahren Rechte verschweigt und vorenthält begeht sie das anzuprangernde Verbrechen der Geiselnahme eines ganzen Volkes aus niederen Beweggründen.**

Diese Behauptung ist weder wahr noch zutreffend. Der 2+4 Vertrag, gleichgültig nach welchen Spielregeln er final von allen Verhandlungsparteien ratifiziert und angewendet wird, stellt eine *Friedensregelung* dar. Solange die **Staatsangehörigen Deutschlands** damit fortfahren ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte **ihre Staates** gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu



handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** zu ertragen.

Die in obigem Aufzählungsblock erwähnten Handlungen sind das Recht der von den **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch Parteien gewählten Verwaltungseinheit **Bundesrepublik Deutschland**. Sie kann nach billigem Ermessen jederzeit sogar gegen ihr eigenes Recht verstoßen oder es nach Ihrem Belieben auslegen oder ändern.

Wir **Staatsangehörige des Staates Deutschland** als **Nichtangehörige** dieser **Verwaltungseinheit** haben keinerlei Anspruch auf Beurteilung dieser Vorgänge, da wir ( **in Unkenntnis unserer Rechte** ) durch das Wählen **der Parteien dieser Bundesrepublik Deutschland** **bewußt** in Kauf nehmend **und in bewußter Wahrnehmung** der bisherigen Handlungen dieser **Bundesrepublik Deutschland** weder als **BÜRGEN NOCH ALS WÄHLER NOCH ALS Staatsangehörige des Staates Deutschland** wirksam Einspruch erheben oder diese Handlungen politisch unterbinden.

Diese Untätigkeit ist unser Anteil an diesem Unrecht.  
Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**  
unterlassen es aktiv,  
( **in Unkenntnis ihrer Rechte** )  
sich zu organisieren und Ihre Rechte zu aktivieren.

Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.

Die **Bundesrepublik Deutschland** war durch Wahl **der Parteien der Bundesrepublik Deutschland** durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen **der Bundesrepublik Deutschland** betrafen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) in keiner



Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen.

Alle Geldgeschäfte der Angehörigen und Staaten der Europäischen Gemeinschaft werden in Euro getätigt. Gleichgültig welche 'eigentlichen' Regeln gelten würden.

Die absolute globale Mehrheit der Anwender dieser Währung stellen die Rechtmäßigkeit dieses Vorgangs nicht wirksam in Zweifel

Der 2+4 Vertrag, gleichgültig nach welchen Spielregeln er final von allen Verhandlungsparteien ratifiziert und angewendet wird, stellt eine Friedensregelung dar.

Solange die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** damit fortfahren, (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen, weiterhin die politischen Geschäfte ihres Staates gegen ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist durch Wahl **der Parteien der Bundesrepublik Deutschland** durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen **der Bundesrepublik Deutschland** betreffen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) haben in keiner Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen. Damit haben die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) für alle Handlungen einzustehen, die die von Ihnen beauftragte **Bundesrepublik Deutschland** in ihrem Auftrag ausgeführt hat.

Die **Bundesrepublik Deutschland** ist durch Wahl **der Parteien der Bundesrepublik Deutschland** durch die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) beauftragt, alle politischen Handlungen auszuführen, die die Interessen **der Bundesrepublik Deutschland** betreffen. Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** haben (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) in keiner Weise in diese Handlungen eingegriffen oder diesen Handlungen wirksam widersprochen. Damit haben die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** für alle Handlungen



einzustehen, die die von Ihnen beauftragte **Bundesrepublik Deutschland** in ihrem Auftrag ausgeführt hat.

Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte zur Staatsführung für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.

Die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** (**in Unkenntnis seiner Rechte**) haben durch eigene Wahl ihre Rechte der **Verwaltungseinheit Bundesrepublik Deutschland** übertragen, die jegliche Mittel der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** für ihre Zwecke verwendet. Die Verschuldung der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** kann in den nächsten 2 Generationen nicht mehr ausgeglichen werden. Diese Situation ist auf keine Weise zu rechtfertigen.

Jede Münze hat **D R E I ! ! !** Seiten.

<b>Fragesteller</b>	Frage	Antwort
<b>Wünschender</b>	Wunsch	Erfüllung
<b>Problemsteller</b>	Problem	Lösung

Jegliches lebt allein durch sein Gegenteil **und** den **Nutznießler**.

Ein Opfer kann nur ein Opfer sein, wenn es einen Täter gibt. Ein Täter kann nur ein Täter sein, wenn es ihm das Opfer erlaubt.

Untätigkeit, oder das Verweilen in Bewußtseinszuständen, die Untätigkeit als Maxime ausweisen sind hervorragend für die Schaffung von Opfersituationen geeignet.

**Unsere Mitbürger werden durch **unklare und unscharfe Begriffsbestimmungen** sowie **unklare oder unzutreffende Situationsbeschreibungen** wie in diesem Schreiben exemplarisch aufgezeigt **durch die eigenen Leute** daran gehindert, zu begreifen...**

Das Rechtspersonal wurde nach den Regeln der **Bundesrepublik Deutschland** in seine Position gebracht. Diese **Bundesrepublik Deutschland** wurde von den



Staatsangehörigen des Staates Deutschland ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch Wahl **der Parteien der Bundesrepublik Deutschland** autorisiert, Rechtspersonal nach den Grundsätzen **seiner Rechtsordnung** einzusetzen.

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland** ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland** ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

Die Staatsangehörigen des Staates Deutschland haben den Verhandlungsergebnissen der **Bundesrepublik Deutschland** ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) weder widersprochen noch gegen sie agiert. 19 Jahre lang.

Solange die Staatsangehörigen des Staates Deutschland damit fortfahren, ( **in Unkenntnis ihrer Rechte** ) durch das Wählen der Parteien **der Bundesrepublik Deutschland** diese damit zu beauftragen ,weiterhin die politischen Geschäfte ihre Staates gegen Ihre tatsächlichen Interessen zu handhaben, sind die im 2+4 Vertrag festgelegten Beschränkungen gegen die **Bundesrepublik Deutschland** durch die Staatsangehörigen des Staates Deutschland zu ertragen.

Erst wenn ein Volk sich entschließt,  
durch eine beauftragte Gruppe aus seiner Mitte damit zu beauftragen  
Gesetze zu verfassen  
und dieses Volk sich entschließt  
diese Gesetze und diese Vorgehensweise zu befolgen  
wird ein gültiges Gesetz für dieses Volk daraus.

Die hier gemeinte **Bundesrepublik Deutschland** besitzt tatsächlich alle Rechte zur Staatsführung für die **Staatsangehörigen des Staates Deutschland**, da diese (**in Unkenntnis ihrer Rechte**) die **Bundesrepublik Deutschland** damit ausgestattet haben. Dies geschieht fortwährend durch aktive und passive Wahlbeteiligung an Wahlen der **Parteien der Bundesrepublik Deutschlands**.

# Alles klar, oder?



Diese Information ist eine Meinung. Sie soll überprüft werden von denen die sie lesen. Sie wird nicht als die objektive Wahrheit für die Leser betrachtet. Bilde sich jeder seine eigene Meinung darüber.

Diese Information ist Teil eines Leitfadens zur **Aktion KEHRWOCHE**.

Die **Aktion KEHRWOCHE** ist eine Aktion die sich an **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** richtet mit der Bitte, die zur Verfügung gestellten Informationen zu prüfen, zu würdigen und zu handeln, wo Handlung geboten ist. Würdevoll, friedlich und unter Beachtung der Regeln der Menschlichkeit die sich die Mehrheit der **Staatsangehörigen des Staates Deutschland** zu befleißigen sichtbar seit Ende des letzten Krieges erlaubt hat.

## Definition

Das **Deutsche VOLK**, die **Staatsangehörigen des Staates Deutschlands**, ist erkennbar an der Bezeichnung **DEUTSCH** in den von der **Bundesrepublik Deutschland** ausgestellten 3 sogenannten Ausweisen.



## Leitfaden zur **Aktion KEHRWOCHE**

---

Bis zu diesem Datum haben die Aktionisten der **Aktion KEHRWOCHE** diese Definition mitgetragen.

Dies erfüllt mich mit tiefster Befriedigung.

18. Juli 2009

Klaus H. Müller